

402/AB XXI.GP

Die schriftliche parlamentarische Anfrage Nr. 359/J - N R/2000, betreffend internationaler Zugsverkehr auf der Franz - Josefs - Bahn, die die Abgeordneten Parnigoni und Genossen am 24. Februar 2000 an mich gerichtet haben, beehre ich mich wie folgt zu beantworten:

Zu den Fragen 1 und 2:

Seitens des Verkehrsressorts spricht nichts gegen eine Wiederaufnahme des internationalen Verkehrs auf der Franz - Josefs - Bahn. Die Entscheidung liegt jedoch bei den Absatzbereichen der betroffenen Bahnen. Gemäß einer Information des Vorstandes der Österreichischen Bundesbahnen vom 23. März 2000 besteht derzeit keine Absicht zu einer Wiederaufnahme. Ich möchte auch erwähnen, dass der Verkehr zwischen Wien und Prag mit Fahrplanwechsel am 28.5.2000 um ca. 30 Minuten beschleunigt wird, da ein neu ausgebauter Streckenabschnitt nördlich von Brünn für den internationalen Verkehr in Betrieb geht, womit die Konkurrenzfähigkeit der Route via Gmünd weiter zurückgeht.

Zu Frage 3:

Für eine Wiederaufnahme des internationalen Verkehrs auf der Franz - Josefs - Bahn wären Ausbaumaßnahmen auf tschechischer Seite, insbesondere zwischen Gmünd und Vesely bzw. Ceske Budejovice, vorteilhaft. Derzeit finden Gespräche mit Vertretern der tschechischen Republik auf technischer Ebene statt, um den Ausbau dieser Streckenabschnitte gemeinsam abzustimmen. Der Zeitpunkt einer Realisierung dieser Bestandsmaßnahmen ist derzeit nicht prognostizierbar.

Zu Frage 4:

Nachdem die Infrastruktur auf österreichischer Seite für einen internationalen Verkehr gut ausgerüstet ist, ist die Frage nach der finanziellen Bedeckung nicht relevant.

Aus absatzseitiger Sicht könnte jederzeit ein internationaler Verkehr aufgenommen werden, wenn sich ein Besteller dafür findet oder die beteiligten Bahnen den Verkehr aus eigenwirtschaftlichem Interesse aufnehmen. Eine Bestellung seitens des Bundes ist im Hinblick auf die bestehenden internationalen Verkehrsverbindungen und die alleinige Verantwortung des ÖBB - Absatzbereiches weder geplant noch beabsichtigt.

Zu Frage 5:

Laut Auskunft des Vorstandes der Österreichischen Bundesbahnen, ist eine derartige Entlastung nur marginal.